

Gazastreifen: Wieviel Opfer noch? Waffenruhe!!

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass jemand, der Kritik an Israels Militärschlag gegen zivile Ziele in Gaza übt, als Antisemit an den Pranger gestellt wird. Das ist genauso unlogisch, als würde man die Empörung über die Überfälle der Hamas als Muslimfeindlichkeit geißeln.

Es geht nicht um Religion. Es geht um das Verhalten, das eine Gruppierung bzw. ein Staat gegenüber anderen an den Tag legt. Und es geht um unsere Haltung dazu.

Dass der grausame Überfall von Hamas-Kämpfern auf israelische Soldaten und Zivilisten zu verurteilen ist, versteht sich von selbst. Mindestens 1400 Israelis wurden getötet und mehr als 200 in den Gazastreifen entführt.

Israels Recht auf Selbstverteidigung

Dass Israels Regierung das Recht und die Pflicht hat, seine Bevölkerung zu schützen, steht ebenso außer Frage.

Das bedeutet jedoch nicht, dass Israel erlaubt ist, was der Hamas - zu Recht - vorgeworfen wird: seinem Kampf Unschuldige zu opfern.

Was im Rahmen eines bewaffneten Konflikts völkerrechtlich zulässig ist, hängt nicht davon ab, ob die jeweilige Konfliktpartei als Angreifer oder als Verteidiger handelt. Es geht hier ausschließlich um den Schutz insbesondere der Zivilbevölkerung. Hierfür ist bei militärischen Gegenmaßnahmen zwischen zivilen und militärischen Zielen zu unterscheiden. Außerdem müssen sie verhältnismäßig sein.

An diese Regeln hält Israel sich nicht. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums sind im Gazastreifen seit Kriegsbeginn mehr als 9.000 Menschen ums Leben gekommen - Männer, Frauen, Alte und Kinder.

Kriegsziel: Zerstörung der Hamas

Einen Tag nach dem Überfall verkündete Israel das Ziel, die militärischen Kapazitäten der Hamas in Gaza komplett zu zerstören.

Selbst wenn das gelingt, wird jedoch eine andere Gruppe an ihre Stelle treten – jedenfalls solange sich die Bedingungen nicht ändern, die dazu geführt haben, dass so eine mörderische wie selbstmörderische Organisation überhaupt entstehen und sich im Gazastreifen etablieren konnte. (s. Vortrag Michael Lüders www.youtube.com/watch?v=ONeDDZNb8Ks)

Luftangriffe auf den Gazastreifen

Der Gazastreifen ist kaum größer als Frankfurt und Kassel zusammengenommen, hat aber eine doppelt so große Bevölkerung, von der etwa die Hälfte Kinder und Jugendliche sind.

Ein Großteil der 2,2 Millionen Einwohner ist 1947/48 bzw. 1967 aus dem heutigen Staatsgebiet Israels geflohen bzw. wurde vertrieben und wird seit 16 Jahren von Israel gehindert, den Gazastreifen zu verlassen.

Auf dieses Gebiet begann Israel noch am Tag des Überfalls mit Luftangriffen. Diesen ist die Bevölkerung nahezu schutzlos ausgesetzt.

Die Grenzübergänge sind zu. Schutzräume und Bunker für Zivilisten existieren nicht. Ein paar Hunderttausend konnten sich in UN-Einrichtungen oder Krankenhäuser flüchten. Aber selbst da sind die Menschen nicht sicher.

Israel argumentiert, dass für die bei seinen Angriffen Getöteten Hamas verantwortlich sei, da sie die Bevölkerung als „Schutzschild“ missbrauchen. Selbst wenn die Hamas sich inmitten der Bevölkerung versteckt oder Waffen lagert, entbindet das die israelische Armee jedoch nicht von ihrer Verantwortung, Zivilisten ihrerseits zu schonen.

Abriegelung des Gazastreifens

Ferner kündigte Israel an, die komplette Versorgung des Gazastreifens zu beenden.

Ab dem 9. Oktober wurden zunächst keinerlei Güter mehr in den Gazastreifen geliefert – kein Trinkwasser, kein Essen, keine Medikamente, kein Strom, kein Treibstoff.

Damit ist die öffentliche Stromversorgung zusammengebrochen, mit schweren Folgen insbesondere für die Gesundheits- und Trinkwasserversorgung.

Im Süden des Gazastreifens stellt Israel seit Mitte Oktober für jeweils wenige Stunden täglich Trinkwasser über eine Leitung zur Verfügung. Außerdem wurden ein paar Hilfskonvois in den Gazastreifen gelassen.

Allerdings reicht das für die Versorgung der Bevölkerung, die bereits vorher in großem Umfang auf humanitäre Hilfe angewiesen war, bei weitem nicht aus.

Das Völkerrecht bewertet es als Kriegsverbrechen, einer Bevölkerung den Zugang zu Lebensmitteln abzuschneiden. Das gilt auch dann, wenn sie auch gegnerischen Kämpfern zukommen könnten.

„Evakuierung“ des Nordens

Am 13. Oktober rief das israelische Militär In Vorbereitung auf eine Intensivierung der Luftschläge bzw. eine Bodenoffensive, die Bevölkerung und internationale Organisationen zum Verlassen des nördlichen Gazastreifens auf.

Daraufhin sind etwa eine Million Menschen vom Norden des Gazastreifens in den Süden geflohen, den Israel jedoch auch bombardiert.

Hunderttausende befinden sich aber weiterhin im Norden. Allein im Al-Kuds-Krankenhaus in Gaza-Stadt sind derzeit 12.000 Menschen untergebracht. Laut WHO ist es unmöglich, Krankenhäuser voller Patienten zu evakuieren, ohne das Leben vieler zu gefährden.

Inzwischen hat das israelische Militär nach eigenen Angaben die Stadt Gaza eingekreist.

UN-Resolution vom 26. Oktober

Die UN-Vollversammlung fordert mit großer Mehrheit zu einer sofortigen humanitären Waffenruhe im Gazastreifen auf. Außerdem wird ungehinderter Zugang für humanitäre Hilfe gefordert sowie die sofortige Bereitstellung von ausreichend Wasser, Nahrungsmitteln, Treibstoff und Strom.

Deutschland steht „fest an der Seite Israels“ und enthielt sich bei der Abstimmung.